

Resolutionsantrag

Solidarität mit der Ukraine

Der Klub der Grünen Alternative Josefstadt, ÖVP & Bürgerforum Josefstadt, SPÖ Josefstadt, NEOS Josefstadt, Bezirksrat Herbert Fuxbauer (Links, KPÖ Josefstadt) und Bezirksrätin Ivana Walden stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.03.2022 gemäß §19 GO BV folgenden Antrag.

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Josefstadt verurteilt den völkerrechtswidrigen militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. Dieser verursacht unermessliches menschliches Leid und zwingt Millionen Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat.

Die Bezirksvertretung Josefstadt zeigt sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine und spricht sich für die Bereitstellung humanitärer Hilfe aus. In ihrer Tradition als weltoffener Bezirk unterstützt die Josefstadt jegliche Bemühungen, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, egal, welchen Pass, welche Religion oder Hautfarbe sie haben.

Sie begrüßt weiters die Aktivitäten der Stadt Wien auf internationaler Ebene besonders im Ausschuss der Regionen (AdR) und im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) an Entwicklungen friedlicher Lösungen mitzuwirken.

Die Bezirksvertretung Josefstadt unterstützt auch die Bemühungen der Bundesregierung, sich für eine Waffenruhe und weiterhin strikt für die Einhaltung des Völkerrechts, der VN-Satzung und der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki einzusetzen sowie in der gegenwärtigen Situation laufende Bemühungen für eine Rückkehr zu einer diplomatischen Verhandlungslösung weiter voranzutreiben. Sie begrüßt das Aktivwerden der österreichischen Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten, etwa indem Wien als Ort für Verhandlungen zur Verfügung gestellt wird.

Begründung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, ein souveränes Völkerrechtssubjekt, stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts, aber auch einen Angriff auf eine freie und souveräne demokratische Gesellschaft dar und verursacht unbeschreibliches Leid. Wir stehen vor der gefährlichsten Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten. Die humanitären Folgen der militärischen Handlungen Russlands sind für die ukrainische Zivilbevölkerung verheerend. Seit dem Angriff Russlands sind Millionen von Ukrainer:innen massiven Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, verlieren ihr Zuhause und werden Opfer von Gewalthandlungen. Jede Form von Krieg stellt für die betroffenen Menschen eine Katastrophe dar und muss umgehend beendet werden.

Um sich in Sicherheit zu bringen, befinden sich seit Beginn des Angriffs mehr als eine Million Menschen auf der Flucht. Schätzungen der Vereinten Nationen und von Flüchtlingsorganisationen gehen von vier bis sieben Millionen Menschen aus, die sich künftig noch auf die Flucht begeben werden. Die Entscheidung der Europäischen Union, für Flüchtlinge aus der Republik Ukraine einen besonderen Status und ein vereinfachtes Verfahren einzuführen, ist ein wichtiger Schritt, dem weitere – auch auf nationaler und lokaler Ebene – folgen sollen. Die Josefstadt versteht sich als Bezirk der Menschenrechte. Nur schlüssig ist somit, dass die Josefstadt in einer Krise eines solchen Ausmaßes die Bereitschaft zeigt, Solidarität mit Flüchtlingen aus der Ukraine zu zeigen. Darüber hinaus ist die Stadt Wien eine starke Partnerin in den europäischen Netzwerken der Städte und Regionen und das gibt uns

die Möglichkeit, zu Initiativen für eine friedliche Lösung des Konflikts beizutragen. Wien hat eine lange Tradition als Stadt des Friedens und der Begegnung und ist nicht zuletzt als Menschenrechtsstadt und als Standort der Vereinten Nationen der Völkerverständigung und dem internationalen Frieden verbunden.